

Heute

Junior-Uni: Erfolg bei Physikwettbewerb



Das deutsche Team von 2023: Luis, Tarek, Luan, Maja und Florian (v.l.)
Foto: DPG/Ann-Kathrin Raab

Jetzt fand der Online-Physik-Wettbewerb statt, für den auch Junior Uni-Student Luis (18) qualifiziert war. Das deutsche Team konnte die Jury überzeugen und belegte einen zweiten Platz. Der Wettbewerb fand vom 2. bis 6. August parallel zum IYPT (International Young Physicists' Tournament) statt und bot den Teams, die nicht vor Ort am IYPT teilnehmen konnten, eine digitale Alternative. Bei dem Online-Wettbewerb traten in diesem Jahr 88 Nachwuchsforscher aus 15 Ländern mit ihren Forschungsergebnissen an. Dabei schaffte es das deutsche Nationalteam, zu dem Junior Uni-Student Luis zählt, auf den zweiten Platz. Turniersieger wurde erneut Singapur. Um teilzunehmen, musste sich Junior Uni-Student Luis zunächst in einem mehrstufigen Wettbewerb qualifizieren. Der Physik-World-Cup für Schüler gehört zu den größten Herausforderungen, denen sich physikinteressierte Jugendliche stellen können.

ÜBRIGENS...

W.ZETTI w.zetti@wz.de

Zwangswises Zeitfasten

W.Zetti hat keine Zeit mehr. Also, sie ist stehengeblieben – am Handgelenk. Kann ja mal vorkommen, die Armbanduhr tickt ja schon seit U(h)zeiten und jetzt hat sie halt eine Auszeit genommen. Außerdem gibt es noch die Uhr auf dem Handy-Display. Dachte sich W.Zetti – aber dann kam alles anders als gedacht. Ausgerechnet jetzt ist W.Zetti nämlich auch noch die Zeit samt Handy gestohlen worden – aus der Jackentasche.

Unverschämtes Pech. Wirklich. Also, erst einmal die Uhr zum Uhrmacher bringen, dachte W.Zetti sich. Aber die Pechsträhne reißt nicht ab, denn der Uhrmacher hat im Moment keine Zeit. Und dann ist da noch W.Zettis Chef, der fragte ihn, warum er zuletzt öfter zu spät käme – ob er keine Uhr habe. Nein, hat er nicht mehr. W.Zetti fiel da eine prima Ausrede ein. Er zuckte mit den Schultern und sagte: Ich mache gerade Zeitfasten.



Hendrik Wüst (CDU) begrüßt Vierlinge



Ministerpräsident Hendrik Wüst mit Familien im Grugapark.
Foto: Marcel Kusch/Land NRW

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst ist Ehrenpate für alle Familien, die Drillinge und mehr Kinder haben. Nun traf der CDU-Politiker seine Ehrenpatenkinder und deren Familien im Grugapark in Essen. Darunter war auch Sorupaluxmy Ratnasingam aus Wuppertal mit Vierlingen. Vor drei Jahren kamen ihre Kinder gesund zur Welt. Im Jahr 2019 hat die Landesregierung das Mehrlingsgeld in Höhe von einmalig 1000 Euro pro Kind für Drillinge oder mehr gleichgeborene Kinder in Nordrhein-Westfalen wiedereingeführt und würdigt damit die Leistung kinderreicher Familien. Der Ministerpräsident übernimmt die Ehrenpatenschaft für Mehrlinge, die in Nordrhein-Westfalen geboren werden – aktuell ist er Ehrenpate von 627 Kindern. Mit der Veranstaltung sollte den Familien ein abwechslungsreicher Tag und ein kleines Familienfest bereitet werden. **neuk**

Photovoltaikanlagen auf Schulgebäuden

Ein Förderprogramm des Landes macht es möglich: Auf den Dächern von mehreren schulischen Gebäuden lässt das Gebäudemanagement derzeit erstmals Photovoltaikanlagen mit Batteriespeicher errichten. Oberbürgermeister Uwe Schneidewind nahm jetzt die bereits montierten Photovoltaikmodule auf dem Dach der Bergischen VHS an der Auer Schulstraße in Augenschein. Dass das GMW nicht häufiger Anlagen mit Speichertechnologie errichtet, liegt an den Anforderungen an den Brandschutz, die bei solchen Anlagen erfüllt werden müssen. Weil die Zeit drängt (bis April 2024 muss die Maßnahme abgerechnet sein, damit Fördermittel fließen) und möglichst schnell möglichst großflächig Photovoltaikanlagen aufgestellt werden sollen, hat das GMW den Förderantrag auf acht Gebäude beschränkt. Deren Vorteil: Sie stehen nicht unter Denkmalschutz und wurden bereits mit Blick auf die Ausrichtung und den Zustand ihrer Dächer als geeignet identifiziert.

Hier wird heute geblitzt



Das städtische Ordnungsamt kontrolliert heute an folgenden Stellen: Schwelmer Straße, Diesel Straße, Ehrenberger Straße, Brilller Straße, Nevigser Straße, Grünewalder Berg, Bleicher Straße, Liebigstraße, Carnaper Straße, Brucher Straße, Nathrather Straße, Heinrich-Heine-Straße, Corneliusstraße, Höhe, Sonnborner Straße, Hastener Straße, Cronenfelder Straße, Schulweg, Staubenthaler Straße, Am Kraftwerk, Lüttringhauser Straße. Weitere Kontrollen können jederzeit hinzukommen.

IHR KONTAKT ZUR LOKALREDAKTION

POST Ohligsmühle 7-9, 42103 Wuppertal
FRAGEN ZU IHREM ABO BEANTWORTET UNSER LESERSERVICE:
0202/717-2828, Montag bis Freitag 6.30 bis 16 Uhr, Samstag 6.30 bis 12 Uhr
REDAKTION 0202/717-2627
E-MAIL redaktion.wuppertal@wz.de
ONLINE www.wz-wuppertal.de
ANZEIGEN 0202/7 17-1

Ein Beratungsbüro und eine Arbeitsgruppe wirken an der Neuaufstellung mit

Die Wirtschaftsförderung bekommt eine neue Strategie

Von Anne Palka und Waltraut Rass

Die Wuppertaler Wirtschaftsförderung soll ganz neu aufgestellt werden. Ein Beratungsbüro ist beauftragt, eine neue Strategie und Struktur zu erarbeiten, der Vorschlag wird voraussichtlich Mitte 2024 vorliegen. „Das Besetzungsverfahren für die Spitze der Wirtschaftsförderung wollen wir zügiger durchführen“, sagt Oberbürgermeister Uwe Schneidewind. Dafür solle dem Verwaltungsrat am 23. August ein Vorschlag vorgelegt werden.

Nachdem dieser sich im März von Chef Eric Swehla getrennt hatte, weil er keine Grundlage mehr für die Zusammenarbeit sehe, war im Juli bekannt geworden, dass auch Interims-Chef Marco Trienes Wuppertal verlässt. Er wird im Oktober Leiter der Wirtschaftsförderung Paderborn. Nach WZ-Informationen gibt es die Idee einer Doppelspitze für Wuppertal: Im Gespräch sind Stephan A. Vogelskamp, Geschäftsführer der Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft, und Martin Bang, Geschäftsführer von Wuppertal Marketing.

Parallel zur Klärung der Personalfrage werde die Strategieentwicklung auf jeden Fall fortgesetzt, verspricht Uwe Schneidewind. Wichtige Fragen, die geklärt werden sollen, seien: Wie stellt sich der Wirtschaftsstandort auf? Was heißt das für eine Strategie der Wirtschaftsförderung? „Im Rahmen dieser Strategiebegleitung wird jetzt sehr zeitnah eine Befragung von Unternehmen stattfinden, aber auch von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, um eine entsprechende Datengrundlage für diese Analyse zu haben.“

Als bekannt wurde, dass Marco Trienes Wuppertal verlässt, betonte Ludger Kineke (CDU), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und Mitglied des Verwaltungsrats der Wirtschaftsförderung, dass auch die Mitarbeiter in die Prozesse einbezogen werden sollen. „Natürlich ist es schlecht, wenn die Spitze einer Organisation nicht mehr da ist, das strahlt in sie hin-



Die Wirtschaftsförderung hat ihren Sitz im Technologiezentrum an der Lise-Meitner-Straße.

Archivfoto: Andreas Fischer

ein.“ Die Mitarbeiter sollen nicht das Gefühl bekommen, dass derzeit ein Erdbeben stattfindet und sich niemand kümmere.

IHK und Handwerker äußern konkrete Wünsche

Das Dortmunder Büro „Lenhardt und Birner“, das Wuppertal unterstützt, hat sich auf die Beratung in Sachen Wirtschaftsförderung spezialisiert. Die Experten erstellen Strategien beispielsweise zu den Themen Standortentwicklung, Gewerbeflächenkonzepte, Innovationszentren, Tourismuskonzepte und Standortmarketing. Als Referenzen gibt das Büro unter anderem die Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die Hamburg Marketing GmbH und das Life Science Center Düsseldorf an.

Thomas Grigutsch, Geschäftsführer für Unternehmensförderung bei der Bergischen Industrie- und Handelskammer, findet es gut, dass das Thema Wirtschaftsförderung nun strategisch angegangen wird.

Hauptgeschäftsführer Michael Wenge ist Teil einer Arbeitsgruppe. „Wir dürfen uns nur nicht verzetteln“, sagt Grigutsch. Eine neu aufgestellte Wirtschaftsförderung brauche es nicht Ende 2024, das müsse schnell gehen und inhaltlich dennoch gut durchdacht sein.

Die Wuppertaler Wirtschaftsförderung müsse die Region im Blick behalten und mit der Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft, den Wirtschaftsförderungen von Solingen und Remscheid, IHK und Kreishandwerkerschaft sowie Wuppertal Marketing und weiteren wichtigen Akteuren zusammenarbeiten. „Es müssen klare Handlungsfelder und Kernaufgaben definiert werden – wir müssen schließlich nicht alles zwei, drei Mal an verschiedenen Stellen machen“, sagt Thomas Grigutsch. Die Wirtschaftsförderung müsse möglichst nah an den Unternehmen sein, klare Ansprechpartner haben, schnelle Wege in die Verwaltung schaffen und eine

koordinierende und vernetzende Funktion wahrnehmen. Es sei wichtig, Ziele zu definieren, „um die Wirtschaftsförderung daran messen zu können“, sagt Grigutsch.

„Was wir uns wünschen, ist eine Wirtschaftsförderung, die sich wirklich in die Stadtgesellschaft einbringt, auf Probleme eingeht, und nicht nur als Immobilienvermittlung agiert“, sagt Kreishandwerksmeister Arnd Krüger. Mit dem Wuppertal Institut und dem Circular Valley gebe es Ansätze am Standort, auch Zukunftsthemen zu entwickeln, im Städtedreieck wurde die urbane Produktion vorgedacht.

„Bisher haben wir den Strukturwandel nie beherrscht“, dabei gebe es Arbeitskräftemangel, die Gesellschaft sei politisch und technologisch an einem Wendepunkt und die Energiewende könne nur mit qualifizierten Handwerkern bewältigt werden. „Alle diese Probleme können nur einigermaßen gelöst werden, wenn man sich aktiv mit ihnen

Hintergrund

Warum ist die Wirtschaftsförderung wichtig für den Standort? Welche Nachteile hat eine Stadt gegenüber anderen, wenn sie keine gut funktionierende hat? „Kommunale Wirtschaftsförderung ist in ihrer Bedeutung gar nicht zu überschätzen“, sagt Professor Lambert T. Koch. Er erklärt, welche Strukturen und Aufgaben auch andere Wirtschaftsförderungen in Deutschland haben. **»S. 16**

beschäftigt.“ Dafür sei eine gute Wirtschaftsförderung wichtig. Auch für die neue Leitung hat Arnd Krüger einen Wunsch: „Ein Kümmerer, ein Macher, der die Ärmel hochkrempelt und Bock auf die Stadt hat, so einen Typ brauchen wir.“

Die Stadt will nun einen Beirat zum Neubau an der Gathe gründen

Moschee-Bürgerbegehren: Unterschriften reichen nicht

Von Waltraut Rass

Die Initiative „Gathe für alle“ wollte mit einem Bürgerbegehren den geplanten Neubau einer Moschee stoppen. Wie die Initiative mitteilt, bedauere sie es, „dass das städtische Wahlamt 1259 Unterschriften von 11 310 insgesamt abgegebenen Unterschriften nicht für gültig hält. Es fehlen also 579 Unterschriften.“

Die Gruppierung werde die „angeblich ungültigen“ Unterschriften anwaltlich überprüfen lassen. Trotzdem seien die über 10 000 Unterschriften ein „deutliches Signal an die lokalen Erdoğan-Unterstützer, den Widerstand gegen die Diti nicht zu unterschätzen“, so die Initiative „Gathe für alle“ wörtlich.

„Inzwischen hat die Auswertung der eingereichten Unterschriften stattgefunden“, erklärte Oberbürgermeister Uwe Schneidewind gestern in einer Pressekonferenz. „Wir haben im Vorfeld ein Rechtsgutachten im Auftrag gegeben, das die Fragestellung des angestrebten Bürgerbegehrens in sich als eigentlich unzulässig einstufte. Die



So soll der Moschee-Neubau aussehen. Foto: Diti Wuppertal-Elberfeld

Auszählung der Stimmen hat jetzt ergeben, dass auch nicht das Quorum erreicht wurde.“ Die Zahl der ungültigen Stimmen führe dazu, dass die Gesamtlisten unter dem Quorum geblieben seien.

Der Abgleich der Namen, Adressen und Geburtsdaten mit der Einwohnermeldedatei und dem Wählerverzeichnis der Stadt habe trotz wohlwollender Prüfung in zu vielen Fällen keine Gültigkeit ergeben, so die Stadt. Gründe dafür waren nicht übereinstimmende Daten oder eine fehlende Wahlberechtigung.

Für die Ratssitzung am 5. September werde die Verwaltung eine Vorlage erarbeiten,

„die dem Rat empfiehlt, die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens festzustellen“, erklärte Schneidewind. „Wir werden das aber nicht nur mit diesem nüchternen Auswertungstenor machen, sondern auch noch mal deutlich machen, dass die Tatsache dieser vielen tausend Unterschriften – auch wenn nicht das Quorum erreicht wurde – deutlich macht, dass es einen hohen Diskussionsbedarf in der Stadtgesellschaft gibt.“ Nächster Schritt werde die Einrichtung eines Beirates sein, der als Gremium auch unterschiedliche Kommunikations- und Beteiligungsformate diskutieren soll.

„Der Beschluss des Rates, einen Beirat zu berufen, war ein ganz wichtiger“, ergänzte Sozialdezernent Stefan Kühn. „Wir werden einen Vorschlag für den Rat vorbereiten, wie dieser Beirat zusammengesetzt sein könnte, welche Aufgaben er hat, und wie er auf Dauer diesen Prozess begleiten wird. Ein Prozess, der sich über mehrere Jahre erstrecken wird. Dann wird es wichtig sein, dass es ein Ort ist, in dem kritische Fragen gestellt werden können, dürfen und müssen.“

Wuppertaler kämpfen für die Freilassung

Abgeschobener Mauretanier in Haft

Der Wuppertaler Pastoralreferent Werner Kleine kämpft weiter um seinen Glaubensbruder, den jungen Mauretanier S., dessen unbedingter Wunsch es war, katholisch getauft zu werden, und der am 10. Juli in sein Heimatland abgeschoben wurde (die WZ berichtete). Weil S. ein christlicher Konvertit ist, droht ihm im islamisch geprägten Mauretanien die Todesstrafe. Kleine, der S. monatelang für die Taufe vorbereitete, möchte die Freilassung bewirken. Zusammen mit dem Wuppertaler Bundestagsabgeordneten Helge Lindh wendet sich der katholische Pastoralreferent jetzt schriftlich an Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, um den Druck auf die deutsche Botschaft in Mauretanien zu erhöhen.

Weil der Afrikaner, der über vier Jahre in Deutschland weilte, im Rahmen seiner Studienvorbereitung zum Spracherwerb den ersten Abschluss nicht geschafft hatte, wurde er im März in die Sicherungshaft nach Büren gebracht. Kurz vor seinem Abflug setzte S. noch eine Petition auf Change.org. Der Mauretanier meldete sich derweil aus

der Haft mit einem geliehenen Handy. Er nutzte dazu die Kommentarfunktion unter seiner Petition. Er schreibt, dass er seit der Abschiebung inhaftiert sei und sich im zentralen Gefängnis in Nouakchott befinde. Er werde verfolgt wegen Apostasie im Islam („Abfall vom Islam“). Der Gerichtstermin sei bald und die Todesstrafe werde verhängt.

Werner Kleine nahm derweil Kontakt zum mauretanischen Bischof Martin Happe auf. Er schreibt in seiner Antwortmail unter anderem: „Die Lage Ihres Freundes S. ist allerdings schwierig. Die Gesamtbevölkerung des Landes ist seit Jahrhunderten islamisiert und der soziale Druck auf Abweichler, auch in den eigenen Familien, ist riesig. Es dürfte also zu einer Verurteilung wegen Apostasie kommen. Allerdings habe ich noch nie erlebt, dass eine Todesstrafe ausgeführt worden wäre. Es wird mit einer Gefängnisstrafe enden, die ohne äußeren Druck recht lang werden dürfte.“ **war**

Die Petition ist im Netz zu finden unter:

www.change.org/p/meine-abschiebung-stoppen-damit-das-todesurteil-nicht-über-mich-verhängt-wird?source_location=search

Meinung

Neu diskutieren

Von Katharina Rüth zu „Wuppertal schlägt Alarm: Massive Kürzungen für Jobcenter“, S. 17

Taschenspielertrick nennen einige den Plan der Bundesregierung, Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen nicht mehr übers Jobcenter zu bezahlen, sondern das der Bundesagentur für Arbeit überlassen. Das entlastet den staatlichen Etat und damit uns Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – könnte man sagen. Leider zahlen wir trotzdem, zumindest diejenigen, die in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Damit haben wir als Finanziers des Ganzen nichts gewonnen, nur das Kassenbuch von Finanzminister Lindner sieht besser aus.

Nach Aussage der Regierung soll die Arbeitsagentur bestehende Strukturen nutzen, sie sogar ausbauen. Dennoch wird der Umbau eines gut funktionierenden Systems

unnötige Kosten verursachen. Auch die Kürzungen insgesamt werden Folgekosten haben, weil die Nichteingliederung am Ende teurer ist – finanziell und menschlich. Nicht nur für junge Menschen gilt: Jeder Euro, der dazu beiträgt, Menschen beim Weg in ein Leben zu unterstützen, in dem sie selbst für sich sorgen können und Teil der Gesellschaft sind, lohnt sich.

Nicht zuletzt ist es beschämend, dass eine reiche Gesellschaft ausgerechnet bei denen spart, die sich kaum wehren können. Höchste Zeit, diese Pläne neu zu diskutieren und dabei die einzubeziehen, die sich seit Jahren damit befassen.



katharina.rueth@wz.de

Nachrichten

SPD kritisiert Altschulden-Idee

Die Wuppertaler SPD-Landtagsabgeordneten Andreas Bialas, Dilek Engin und Josef Neumann kritisieren in einer gemeinsamen Mitteilung die Altschuldenlösung des Landes. Hintergrund: Kurz vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause präsentierte Ministerpräsident Wüst und Kommunalministerin Scharrenbach eine „Lösung der Altschuldenproblematik der Kommunen“. Doch die SPD-Abgeordneten meinen: „Beim genaueren Hinschauen erweist sich allerdings, dass der versprochene Landesanteil eine Mogelpackung ist. Vielmehr hat sich die schwarzgrüne Landesregierung für ein Modell entschieden, bei dem die Kommunen in den kommenden Jahren die Zechen selber zahlen sollen.“ Die Altschuldenregelung gehe „einzig und allein zu Lasten der Kommunen“.

Weniger Stress zum Schulstart

Das neue Schuljahr hat begonnen und so manchen Schülerinnen und Schülern fällt das Umschalten vom Ferien- in den Lernmodus schwer. Vor allem in den Teenagerjahren sind viele Dinge spannender als der Schulalltag. Wie Pubertät und Schule dennoch gut zusammenpassen können, erfahren interessierte Eltern in einem neuen Ratgeber des Nachhilfe-Instituts Studienkreis. Die 48-seitige Broschüre mit dem Titel „Mehr Motivation, weniger Streit! – Familien-Tipps für die Pubertät“ liegt ab sofort kostenlos im Studienkreis Wuppertal bereit – solange der Vorrat reicht. Den Ratgeber gibt es auch als Download unter studienkreis.de/mehr-motivation-weniger-streit. Der Studienkreis ist in Elberfeld, Alte Freiheit 22, Barmen, Alter Markt 5-7, und Vohwinkel, Kaiserstraße 20, zu finden.

Glückwünsche

Die WZ gratuliert herzlich zum Geburtstag: Irene Meyer (86), Evangelische Pflege Diakonie Vohwinkel.

Notdienste

Krankenhäuser

Helios, Heusnerstraße, Tel. 8960; Bethesda, Hainstr., Tel. 2900; St. Petrus, Carnaper Str., Tel. 2990; St. Josef, Bergstr., Tel. 4850.

Ärztlicher Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung: Tel. 112/117

Apotheken

Apotheke am Berg, Bergstraße 5-9, Wuppertal, Tel.: 02022832474; Askulap-Apotheke, Röttgen 165, Wuppertal (Elberfeld), Tel.: 0202 708491; ABC Apotheke am Werth, Werth 53, Wuppertal (Barmen), Tel.: 0202-2502300

SO FINDEN SIE ZU UNS

Westdeutsche Zeitung
General Anzeiger
Lokalredaktion

Telefon: 0202/717-2627 oder -2628,
E-Mail: redaktion.wuppertal@wz.de

Lothar Leuschen (verantwortl.), Alexandra Dulinski, Martin Gehr, Anne Grages, Günter Hiege (Sport), Alina Komorek, Anne Palka, Waltraut Rass, David Reininghaus, Bernhard Romanowski, Katharina Rüth, Christian Töller, Monika Werner-Staude (Kultur)
Kreis Mettmann: Andreas Reiter, Tanja Bamme, Holger Bangert

Digitalredaktion:

Jessica Küppers, Daniel Neukirchen

Leitung Medienverkauf:

Sybille Beutler

Telefonischer Anzeigenverkauf:

Telefon: 0202/717-1, Fax: 0202/717-2669, E-Mail: anzeigen@wz.de

Anschrift Geschäftsstelle (und für die o.g. Verantwortlichen):

Westdeutsche Zeitung GmbH & Co. KG
Ohligsmühle 7-9, 42103 Wuppertal,
Telefon: 0202/717-0

WZ-Punkte

Elberfeld: Buchhandlung v. Mackensen, Friedrich-Ebert-Straße/
Ecke Laurentiusstraße 12, 42103 Wuppertal,
Telefon: 0202/304001

Leser-Service

Telefon: 0202/717-2828

Interview Der Wissenschaftler Lambert T. Koch erklärt Aufgaben und Strukturen

„Wirtschaftsförderung ist in ihrer Bedeutung gar nicht zu überschätzen“

Das Gespräch führte Anne Palka

Die aktuelle Situation der Wuppertaler Wirtschaftsförderung wird von vielen Seiten kritisiert, nun soll sie neu aufgestellt werden. Der Wirtschaftswissenschaftler Lambert T. Koch erklärt, was das für den Standort bedeutet.

Warum ist eine Wirtschaftsförderung wichtig für die Wirtschaft vor Ort, was sollte sie leisten?

Lambert T. Koch: Kommunale Wirtschaftsförderung ist in ihrer Bedeutung gar nicht zu überschätzen. Sie stellt ein zentrales Bindeglied zwischen öffentlicher Daseinsvorsorge und den Bedarfen privater Wirtschaftseinheiten, wie vor allem Unternehmen und Arbeitnehmern, dar. Indem sie auf beiden Seiten Bedarfe aufdeckt und diesbezüglich passende Akteure zusammenbringt, schafft sie die Voraussetzung dafür, dass wichtige Entwicklungsprozesse in Gang kommen, Cluster und Netzwerke entstehen und sich so die Standortqualität in Sachen Wohnen, Leben und Arbeiten erhöht. Dies wiederum steigert die Attraktivität und Reputation einer Region. Weitere Unternehmen siedeln sich an, Familien ziehen zu und Bildungsakteure entwickeln zusätzliche Angebote. Je hochkarätiger und abgestimmter man die Stellen einer Wirtschaftsförderung besetzt, desto besser lässt sich auf die im Einzelnen durchaus unterschiedlichen Bedarfe von Sektoren, Branchen, Marktsegmenten und der jeweiligen Fördermittelakquise eingehen.

Vor welchen Herausforderungen steht der Standort Wuppertal derzeit, bei denen die Wirtschaftsförderung helfen könnte?

Koch: Wuppertal befindet sich nach wie vor in einem tiefgreifenden Prozess des Strukturwandels. Es geht um Zukunftssicherung für einen immer noch starken industriellen Sektor, zahlreiche traditionsreiche Mittelständler und innovative Handwerksbetriebe. Angesichts knapper Kassen müssen zusätzliche Einnahmequellen „von außen“ gesichert werden. Eine Wirtschaftsförderung muss insofern zur „Ermöglicherin“ für entsprechende Anpassungsprozesse werden.



Lambert T. Koch sagt, dass eine Wirtschaftsförderung ein Frühwarnsystem, Ermöglicher, Vereinfacher und Schmiermittel sein sollte. Archivfoto: Anna Schwartz

Zu nennen sind unter anderem die Herausforderungen der Nachhaltigkeitstransformation in den Bereichen Bauen, Sanieren, Produzieren, Mobilität und Ressourcenschonung. Es geht um eine Beschleunigung der Digitalisierung einschließlich der digitalen Vernetzung von Akteuren. Die Bildungsbedarfe der verschiedenen Wirtschaftsbereiche sind zu koordinieren und neue Kooperationen anzuregen. Und schließlich muss der Arbeitsmarkt insgesamt attraktiver werden und müssen Kompetenzen zugewandter Bürgerinnen und Bürger schneller integriert werden, um so die immer noch über dem NRW-Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit mit all ihren Zusatzkosten zu reduzieren.

Welche Nachteile hat ein Standort ohne oder mit schlechter funktionierender Wirtschaftsförderung gegenüber anderen?

Koch: Ohne eine gut funktionierende Wirtschaftsförderung fällt ein Standort heute ökonomisch schnell zurück und kann im immer rasanten globalen Wettbewerb nicht mithalten. Dies wiederum hat

negative Auswirkungen auf die Wohlstandsentwicklung betroffener Kommunen und Regionen. Eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung muss „Frühwarnfunktionen“ mit Blick auf wirtschaftliche Fehlentwicklungen, „Ermöglichungsfunktionen“ für infrastrukturelle Bedarfe von Unternehmen und der Bürgerschaft, „Vereinfachungsfunktionen“ angesichts einer überbordenden städtischen Administration und „Schmiermittelfunktionen“ für die Beschleunigung von Prozessen, Vernetzungen und Kooperationen aufweisen.

Wenn Sie auf die Wirtschaftsförderungen in verschiedenen Städten und Regionen in Deutschland blicken: Welche unterschiedlichen Formen gibt es?

Koch: Bei der kommunalen Wirtschaftsförderung handelt es sich um eine Aufgabe mit freiwilligem Charakter. Sie lässt sich sehr unterschiedlich organisieren, was mit einem unterschiedlich breiten Aufgabenspektrum einhergeht. In der Praxis findet man Organisationsformen vom kommunalen Amt über die Stabsstelle, die GmbH, den Eigenbetrieb,

einen Verein bis hin zu verschiedenen Mischformen. Die jeweilige Zuständigkeit reicht von der einzelnen Kommune, über einen kommunalen Verband bis hin zu einer ganzen Region. Teilweise überlappen sich auch Zuständigkeiten, wie etwa im Bergischen Städtedreieck und seinen städtischen Wirtschaftsförderungen einerseits und der Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft andererseits.

Und welche verschiedenen Bandbreiten der Aufgaben?

Koch: Die Bandbreite der Aufgaben von Wirtschaftsförderungen reicht von der klassischen Vermarktung von Gewerbeflächen und der Vermittlung allgemeiner standortrelevanter Information über die Beratung und Vernetzung gesellschaftlicher „Produktivakteure“, die Ankurbelung des Tourismus und der Kulturszene sowie die Einwerbung überregionaler Fördermittel bis hin zur anschließenden Initiierung, Moderation und dem Management von kooperativen „Produktivprozessen“. In der Tendenz wurde die Bandbreite in der Vergan-

Zur Person

Lambert T. Koch ist Wirtschaftswissenschaftler und war von 2008 bis 2022 Rektor der Bergischen Universität Wuppertal. Nach drei Amtsperioden stellte er sich nicht erneut zur Wahl. Im April 2023 wurde er zum Präsidenten des Deutschen Hochschulverbandes mit Hauptsitz in Bonn gewählt.

genheit immer größer und das Aktivitätsspektrum reichte immer häufiger über alle Sektoren und Branchen hinweg. Nicht nur angesichts knapper Kassen ist es daher wichtig, die in vielen Kommunen noch über verschiedene Organisationseinheiten verteilten Kompetenzen zur Wahrnehmung dieser Aufgaben systematisch zu vernetzen. Dies schafft Synergien, verhindert Doppelarbeit und verwaltungsinterne Konkurrenz, reduziert Ansprechpartner für die Nachfrager und hilft so, knappe Mittel effizient einzusetzen.

In der Elberfelder VHS wurde über Klimagerechtigkeit und soziale Beteiligung diskutiert

Wer bremst die Transformation der Stadt?

Von Bernhard Romanowski

Liegt es an der Stadtverwaltung? Sitzt die Politik zu viele Dinge aus? Oder treibt die Wirtschaft zu sehr quer, wenn es darum geht, eine klima- und ressourcengerechte Gesellschaft auf den Weg zu bringen? Auf einen Nenner gebracht, waren es diese drei Fragen, die am Mittwoch über den Köpfen der Besucher der Podiumsdiskussion im großen Saal der VHS in Elberfeld schwebten. Eine einfache Antwort auf die Fragen hatten auch die Diskutanten auf der Bühne nicht zu bieten. Die Einschätzung aber, dass es in vielen Bereichen zu langsam vorangeht mit der Transformation, teilten viele Menschen im Saal.

Auf Einladung des Vereins Informationsbüro Nicaragua hatten sechs Leute auf dem Podium Platz genommen, wo Moderator Stefan Seitz die Gäste begrüßte und in das Thema einführte. Arno Minas erklärte als städtischer Dezernent für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Klimaschutz, Bauen und Recht,



Ulrich Christenn (Bündnis 90/ Die Grünen), Ludger Kineke (CDU), Johannes van Beber (SPD), Stefan Seitz (Moderation), Arno Minas (Stadt Wuppertal), Guido Grüning (DGB) und Bernhard Sander (Die Linke) (v.l.). Foto: Otto Krschak

dass die Stadt Wuppertal bereits früher als andere Kommunen ein Klimaschutzkonzept aufgelegt und mit Bürgerbeteiligung eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet habe.

Guido Grüning vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) skizzierte den laufenden Umbruch in der Arbeitswelt, in der die Digitalisierung „eine besondere Dynamik“ gewonnen habe.

Johannes van Beber (SPD-Fraktion) sprach von dem notwendigen Bemühen der Wuppertaler Politik, künftig alle Beschlüsse mit Blick auf den aus-

gewogenen Dreiklang von Ökonomie, Ökonomie und Sozialem zu treffen. „Dazu erwarten wir von der Verwaltung vernünftige Konzepte. Wir dürfen nicht an Trivialitäten scheitern“, so der Sozialdemokrat.

Ludger Kineke (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellte fest, die Politik habe sich gut eingebunden in die Beschlüsse, nur im Bereich Hochwasserschutz sei noch einiges zu tun, um künftig besser vorbereitet zu sein als zuletzt im Sommer 2021.

Ulrich T. Christenn von den Grünen mahnte, dass „der Ist-Zustand konserviert“ werde, weil viele Menschen die Verän-

derung scheuen und es mit der Transformation nur sehr langsam vorangehe. In Wuppertal müsse die Politik den Klimanotstand ausrufen.

Bernhard Sander von der Linken-Fraktion erklärte, dass in den Arbeitsgruppen zur Nachhaltigkeitsstrategie auch Parteienvertreter gegessen hätten, deren Anregungen aus den Bürgergruppen aber von den Vorsitzenden der Mehrheitsfraktionen im Wuppertaler Stadtrat verworfen worden seien.

Aus dem Publikum kamen am Mittwoch kritische Impulse vor allem von Andrea Fütterer (Fair-Trade-Unternehmen Gepa), Dajana Meier (Verein Neue Ufer), Sophia Merrem (Einea-Welt-Promotorin für das Bergische Land) und Christian Wolter vom Bündnis Mobiles Wuppertal, die unter anderem eine mangelhafte Radinfrastruktur in der Wuppermetropole, einen falschen stadtplanerischen Umgang mit „der Lebensader Wupper“ und mangelnde Regulation der Unternehmen in Klimafragen kritisierten.



WESTDEUTSCHE ZEITUNG

Verlag: Westdeutsche Zeitung GmbH & Co. KG
Wuppertal - Düsseldorf - Krefeld

Geschäftsführer

Oliver Moll

Chefredakteur: Lothar Leuschen
Stellvertretung und
Ltg. Digitaler Content: Olaf Kupfer
Chefin vom Dienst: Ellen Schröder

Überregionales: Anne Eckrodt
Nachrichten/Wirtschaft: Elmar Ries
Sport: Alexander Hefflik
Service: Uwe Gebauer

Hier und Heute/Kultur: Ellen Schröder

Leitung Leserkreis: Sabine Junker

Leitung Mediaverkauf:
Claudia Baumann-Meier
(Agenturen/Key-Account),
Sybille Beutler (Wuppertal/Kreis Mettmann),
Gerd Cecatka (D'orf/Krefeld/Niederrhein),
Sebastian Wickel (Digital)

Anzeigenpreisliste Nr. 52.2 gültig ab
1. Januar 2023

Druck: Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH
Düsseldorf

Anschrift: Westdeutsche Zeitung GmbH &
Co. KG, Ohligsmühle 7-9, 42103 Wuppertal,
weitere Anschriften siehe Lokalteil.

Internet: www.wz.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte u.
Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Bei Betriebsstörung d. höhere Gewalt, Streik
usw. keine Ersatzansprüche.
Die WZ verwendet Recycling-Papier.

Dienstag mit PRISMA
Wochenmagazin zur Zeitung.

LESERSERVICE: 0202 717-2828
Montag bis Freitag 6.30 bis 16.00 Uhr
Samstag 6.30 bis 12.00 Uhr